

Die Allianz der Arbeit

Es wurde eine kurze Erklärung über eine Versammlung abgegeben, die auf Initiative der italienischen Eisenbahnergewerkschaft zwischen der Sozialistischen Partei Italiens (SPI), der Republikanischen Partei und der anarchistischen Union stattfand, um sich über die sogenannte „Allianz der Arbeit“ zu verständigen. Weiterhin wurde berichtet, die KPI sei auf dieser Versammlung nicht erschienen, obwohl sie in einem Brief ihre Bereitschaft erklärt hatte, mit all ihren Kräften für eine einheitliche Aktion des italienischen Proletariats einzutreten. Es sind daher einige Worte nötig, um die Haltung unserer Partei und die Bedeutung der laufenden Verhandlungen klarzustellen.

Die im Verlauf der jetzigen Kämpfe entstandene Lage drängte die Eisenbahnergewerkschaft dazu, die Initiative für eine geschlossene Aktion des Proletariats und für ein Treffen aller „auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden“ Gewerkschaftsverbände zwecks Bildung eines einzigen Kampfausschusses zu ergreifen. Die Versammlung wurde für den 15. Februar in Genua terminiert.¹ Zwecks besserer Vorbereitung, hielten die Führer der Eisenbahnergewerkschaft ein Treffen der „fortschrittlichen“ politischen Parteien für sinnvoll. Dadurch sollte vorab eine Vereinbarung erzielt werden, um einhellig auf die Gewerkschaftsorganisationen, in denen diese Parteien vertreten sind, einzuwirken.

Die Eisenbahnergewerkschaft hat auch einen konkreten Forderungskatalog für die gesamte Arbeiterschaft vorgelegt: Soweit aus der oben erwähnten Erklärung ersichtlich, haben sich die Parteien diesen Katalog jedoch nicht zu eigen gemacht.

Die Kommunistische Partei hielt es nicht für zweckmäßig, an dieser Tagung politischer Parteien teilzunehmen, und sie glaubt auch nicht, dass der von der Eisenbahnergewerkschaft eingeschlagene Weg der sicherste ist, um die gewerkschaftliche Einheitsfront zu verwirklichen.

Wir brauchen hier nicht daran zu erinnern, dass gerade unsere Partei seit dem vergangenen August eine Vereinbarung zwischen den großen Gewerkschaftsverbänden vorgeschlagen und gegen Unterstellungen und Verdächtigungen entschieden verteidigt hat. Wir sehen daher mit großer Freude der Einberufung der Gewerkschaftsverbände nach Genua entgegen. Ohne die Teilnahme an politischen Vorbereitungstreffen für zwingend zu halten, wird die KPI alle ihre gewerkschaftlich aktiven Kräfte einsetzen, damit diese Versammlung in Genua Erfolg hat. Doch müssen ein paar Dinge klargestellt werden, um deutlich zu machen, welche Plattform die proletarische Einheitsfront haben soll, wenn sie real werden und eine Kraft darstellen soll.

Das Proletariat ist Zielscheibe einer Unternehmeroffensive, und die Notwendigkeit der Einheitsfront zwingt sich ihm auf, weil es feststellen muss, dass die Einzelaktionen der Arbeiterklasse, die lokalen und beruflichen Organisationen nicht ausreichen, um sich gegen den tausendfachen bürgerlichen Angriff zu wehren. Dass die gewerkschaftliche Einheitsfront die Basis jeder wirksamen Abwehraktion des Proletariats ist, wird schon aus dem Anlass der Initiative der Eisenbahnergewerkschaft deutlich, denn sie musste feststellen, dass auch der sehr mächtige Eisenbahnerverband der Reaktion nicht widerstehen kann, wenn er sich nicht mit den Arbeitern der anderen Industriezweige zur Verteidigung zusammenschließt. Festzuhalten ist also, dass Grundlage jeder gemeinsamen Bündniserklärung der verschiedenen Arbeiterorganisationen folgendes Ziel ist, das durch die Situation selbst aufgezwungen wurde: *Zusammenfassung aller durch die bürgerliche Offensive provozierten Teilkämpfe zu einer einzigen Aktion.* Wenn sich die Führer der verschiedenen Verbände nicht über diesen wirklichen Inhalt des Begriffes der proletarischen Einheit verständigen, so wird ihr scheinbares Aufeinanderzugehen bloß zu einer Karikatur der Einheitsfront führen. Es geht nicht darum festzulegen, dass die Confederazione Generale del Lavoro², die Unione sindacale³, die Eisenbahner usw. einvernehmlich nach einem vagen Programm, das nur auf dem Papier besteht, handeln. Man muss vielmehr darauf dringen, dass diese Organisationen die Arbeiterkämpfe nicht auf den

¹ Tatsächlich fand die Versammlung vom 18.-20. Februar 1922 in Rom statt.

² Confederazione Generale del Lavoro (CGL) = Allgemeine Arbeitsföderation.

³ Unione sindacale: anarchistischer Gewerkschaftsbund.

lokalen und beruflichen Horizont einengen, sondern auf die Ebene eines gleichzeitigen Kampfes der ganzen Arbeiterklasse im nationalen und morgen internationalen Maßstab heben!

Weiter muss der Inhalt der zu verteidigenden Forderungen genau festgelegt werden. Auch hier zeigt sich, dass der Antrag der Eisenbahner klar jene Forderungen enthält, die vom kommunistischen Gewerkschaftsausschuss schon zuvor aufgestellt und von den Kommunisten entschlossen vertreten wurden. Die wichtigsten betreffen die Verteidigung der Reallöhne und aller proletarischen Errungenschaften. Nur auf dieser Grundlage ist eine Vereinbarung fruchtbar. Es muss nicht betont werden, dass diese Plattform von den Sozialisten und der CGL-Führung abgelehnt wurde.

Der Antrag der Eisenbahner sieht auch vor, der Reaktion mit allen Mitteln entgegenzutreten. Vielleicht kann man nicht verlangen, dies zu einer Voraussetzung für die Vereinbarung zu machen; doch muss daran erinnert werden, dass die Sozialisten und die CGL-Führung einen permanenten Feldzug gegen diese Auffassung führen. Wenn aber der Einsatz von Gewalt keine Forderung ist, die zur Vorbedingung gemacht werden kann (um den Opportunisten kein allzu bequemes Alibi zu verschaffen), so muss man nach unserem Dafürhalten als Grundlage für die Vereinbarung von Genua klar festlegen, dass, wenn es zwar jeder Partei oder politischen Strömung freisteht, ihre spezifischen Aktionsmittel einzusetzen, d.h. Parlamentarismus für die Sozialdemokraten und illegale Aktion für die Kommunisten, sich jedoch die Gewerkschaftsverbände darin einig sein müssen, *die gewerkschaftlichen Kräfte auf dem Boden der Klassenaktion einzusetzen*. Die Gewerkschaften müssen erklären, dass die Unterwerfung unter die Zwänge der Bourgeoisie ihr Ende wäre und die einzig mögliche Antwort darauf ist, die Kräfte der Arbeiterorganisationen für den Kampf auf ihrem eigenen Boden, auf dem des Generalstreiks, zu mobilisieren. Man braucht in Genua nicht den Generalstreik ausrufen, sondern muss, wie im kommunistischen Antrag von Verona vorgesehen, dem Arbeiterausschuss das Mandat geben, den Kampf für dieses zentrale und zum richtigen Zeitpunkt anzuwendende Aktionsmittel vorzubereiten.

Die Einheitsfront verliert jede Bedeutung, wenn sie nicht auf der von den Kommunisten vorgeschlagenen Plattform steht: Zusammenfassung aller Teilkämpfe; kompromisslose Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter; Anwendung der direkten gewerkschaftlichen Aktion bis hin zum Generalstreik.

Von alledem war auf dem Parteitreffen offenbar keine Rede. Wozu haben sich Sozialisten, Republikaner und Anarchisten also verpflichtet? Dazu, in den gewerkschaftlichen Organisationen ein formelles und lebloses Bündnis zu vertreten, das jeder auf seine Weise interpretieren wird? Man hätte hingegen im Hinblick auf die Versammlung von Genua ein besseres Ergebnis erzielen können, wenn jede Partei ihren Gewerkschaftsmitgliedern eine klare Losung mitgegeben hätte – dazu wäre allerdings keine gemeinsame Tagung der Parteien nötig gewesen, die eben nur zu einem Kompromiss zwischen den verschiedenen und miteinander unvereinbaren politischen Programmen, also zu nichtigen Ergebnissen führen konnte. Ohne von den anderen, sich für die Einheitsfront aussprechenden Bewegungen und Organisationen etwas zu verlangen, ohne Bedingungen hinsichtlich ihrer Teilnahme und Vertretung im Leitungsausschuss zu stellen, hat die Kommunistische Partei ihren Mitgliedern schon vor langem die Anweisung gegeben, für die grundlegenden Punkte einzutreten, die die einzig mögliche Basis für die Einheitsfront sind. So sollten sich auch die anderen Arbeiterparteien bzw. nach einer alten Bezeichnung (die verwendet wird, um die Republikanische Partei einzubeziehen, die nicht als proletarische Partei bezeichnet werden kann und dies wahrscheinlich auch nicht will): die „fortschrittlichen“ Parteien verhalten.

Man sage also nicht, dass die KPI auf diese Weise ihr Programm gegen das der anderen Parteien durchsetzen will. Natürlich verzichtet die Kommunistische Partei nicht auf ihr Programm, insofern sie die Freiheit der kritischen Propaganda und der politischen Polemik nicht aus der Hand gibt (und sie verlangt von niemandem etwas anderes). Was aber die Bildung der Einheitsfront angeht, so enthalten die Vorschläge der Kommunistischen Partei weder die Verpflichtung zum Kampf, um die bürgerliche Ordnung mit Gewalt zu stürzen, noch die Verpflichtung zur Errichtung der proletarischen Diktatur; sie bilden eine Plattform, auf die man sich stellen muss, wenn die Einheitsfront kein Schwindel sein soll, und die auch dann annehmbar ist, wenn man das sozialistische oder das anarchistische Programm vertritt.

Die Einheitsfront darf also nicht mit einem unbestimmten formellen Einvernehmen zwischen Parteien auf Orts- und Landesebene verwechselt werden, das einer Interpretation Raum ließe, nach der jede Partei

mit ihren eigenen Aktionsmitteln zum gemeinsamen Ziel der Arbeiterverteidigung beitrage: Einheitsfront also als ein Organ, das sich der Sozialisten (und vielleicht der sozialistischen Minister) im Parlament und der Anarchisten zum Bombenwerfen bedienen würde. Das wäre keine Einheit, sondern ein hohles demagogisches Spiel. Die Einheit des Kampfes kann auf dem Boden, den die KPI fordert, praktisch und konkret als Einheit der Ziele und der Mittel verwirklicht werden, weil es sich um Ziele und Mittel gegen die bürgerliche Offensive handelt, die jeder organisierte Arbeiter verfolgen bzw. anwenden kann, ohne dadurch in Konflikt mit seiner Partei zu geraten.

Sollte bei dem Treffen in Genua eine solche Vereinbarung herauskommen, wird man mit den Kräften der Kommunistischen Partei und mit allen ihren Propaganda- und Kampforganen an vorderster Front rechnen können. Nach diesen expliziten Erklärungen lässt sich nicht behaupten, dass wir dem Projekt Steine in den Weg legen; alle Arbeiter hingegen werden verstehen, dass wir ihnen eine feste Grundlage geben wollen, damit es, wenn zur Aktion übergegangen wird, nicht zu einer fürchterlichen Enttäuschung kommt.

Abschließend stellen wir nicht zwei Bedingungen, sondern zwei Fragen zum organisatorischen Aspekt der Genueser Versammlung. Die alte Formel: „Auf dem Boden des Klassenkampfes“ macht so keinen Sinn mehr. In politischer Hinsicht ist mehr als fraglich, ob die Politik der CGL-Führer auf dem Boden des Klassenkampfes steht. In gewerkschaftlicher Hinsicht ist jede Arbeitervereinigung mit wirtschaftlichen Zielen als Klassenorganisation anzuerkennen, ungeachtet der politischen Farbe ihrer Führer. Wir schlagen daher vor, die Einladung für die Versammlung in Genua ohne jede Einschränkung auf alle Organisationen, die daran teilnehmen möchten, auszudehnen.

Außerdem stellen wir die Frage, ob auf einer so wichtigen Versammlung die großen wirtschaftlichen Organisationen allein durch die in den Händen der jeweiligen Mehrheit befindlichen Exekutivkomitees und Führungsausschüsse vertreten sein sollen oder nicht vielmehr durch eine nach breiteren Kriterien und im Verhältnis zu den in jeder Organisation bestehenden politischen Fraktionen. Auf diese Weise wären alle im proletarischen Lager vorhandenen Tendenzen vertreten, ohne die politischen Parteien hinzu zu ziehen, was in der Tat für den Erfolg der Initiative von Vorteil wäre.

Wenn man die kommunistischen Minderheiten auf der Versammlung zu Wort kommen lässt, dann werden sie nicht sagen, dass das Proletariat allein durch die Annahme des Kommunistischen Programms vereint werden kann. Sie werden lediglich die drei Aspekte, auf die wir schon hingewiesen haben, benennen und einen klaren Inhalt und eine klare Methode für die Einheitsfront fordern.

Die Haltung unserer Partei könnte nicht einfacher und klarer sein. Sie ist bereit, alles für die Einheit zu geben, sie ist bereit, alles zu tun, damit die Einheit sich nicht in neue und bittere Enttäuschungen für das italienische Proletariat verwandelt, das auf seinem Wege nur allzuoft durch die Unfähigkeit der Führer gebremst wurde.

Quelle:

„L'alleanza del lavoro“: Il Comunista, Nr. 35, 10. Februar 1922.